

Erklärung von Wolfgang Meyer zum '10-Punkte-Programm' (Berlin, 28. November 1989)

Quelle: Aussenpolitische Korrespondenz. 12.12.1989, Nr. 47. Berlin: Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_wolfgang_meyer_zum_10_punkte_programm_berlin_28_november_1989-de-78b8c45c-70c7-48cf-b9b6-6b0d0114805d.html

Publication date: 22/10/2012

Erklärung von Wolfgang Meyer zum „10-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik“ von Bundeskanzler Kohl (Berlin, 28. November 1989)

Solche Erklärungen gehen nicht nur an den Realitäten vorbei, sondern können sehr leicht zu Irritationen führen, da sie sowohl die im Grundlagenvertrag als auch in der Schlußakte von Helsinki festgeschriebene Souveränität und Unabhängigkeit der beiden deutschen Staaten außer acht lassen. In den Beziehungen zwischen der DDR und der BRD ist von der gegenseitigen Achtung und Respektierung der Souveränität, territorialen Integrität und Gleichberechtigung auszugehen. Eine „Wiedervereinigung“ steht nicht auf der Tagesordnung, und niemand in Ost und West will ernsthaft eine Veränderung des europäischen Gleichgewichtes. Für Sicherheit und Stabilität in Europa ist Stabilität in den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten eine entscheidende Voraussetzung. Was die Bezugnahme des Bundeskanzlers auf die Selbstbestimmung betrifft, so bringt die überwiegende Mehrheit unseres Volkes — wie auch der Aufruf von Christa Wolf, Stefan Heym und anderen Persönlichkeiten zeigt — zum Ausdruck, daß es um die Erneuerung einer souveränen, sozialistischen DDR geht. Dies ist ein Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts, den man zur Kenntnis nehmen sollte.

Was die Vorschläge des Bundeskanzlers für die Zusammenarbeit mit der DDR anbelangt, so bieten sie interessante Ansatzpunkte für Verhandlungen, die auch von der Regierung der DDR gesehen werden. Das betrifft auch die Überlegungen hinsichtlich der Möglichkeit der Bildung gemeinsamer Kommissionen, die zur Ausgestaltung der von Ministerpräsident Hans Modrow vorgeschlagenen Vertragsgemeinschaft beitragen könnten. Allerdings sei darauf hingewiesen, daß der DDR-Regierungschef im Zusammenhang mit der Ausfüllung einer solchen Vertragsgemeinschaft an erster Stelle die Felder Friedenssicherung und Abrüstung genannt hat, Themen, die bei Bundeskanzler Kohl für diese Vertragsgemeinschaft offensichtlich nicht vorgesehen sind.

Mit Interesse wurde in der DDR auch die Tatsache aufgenommen, daß Herr Kohl von „konföderativen Strukturen“ sprach, wobei er allerdings vermied, sich klar und deutlich dazu zu äußern, daß es sich dann nur um eine Konföderation zwischen zwei souveränen Staaten handeln könnte.

In diesem Zusammenhang sei noch angemerkt, daß sich bestimmte apodiktische Forderungen an die Adresse der DDR erübrigen, mit denen man hier nur offene Türen einrennt. Der vom Ministerrat beschlossene Gesetzgebungsplan nimmt diesen Forderungen von der anderen Seite die Grundlage.